



Presseschau vom 10.04.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

mil-lnr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Vor der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk hat der Gegner die Zahl der Beschießungen des Territoriums der Republik erhöht und versucht eine Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie zu provozieren.

Infolge der verbrecherischen Handlungen der Strafruppen wurden heute von Vertretern des GZKK in der LVR **Zerstörungen an ziviler Infrastruktur festgestellt**. In Solotoje-5 wurde in der Friedensstraße die Verglasung eines Wohnhauses beschädigt. Bei der Analyse der Fragmente der verwendeten Geschosse und der Schäden wurde festgestellt, dass der Beschuss mit Schusswaffen des Kalibers 7,62mm erfolgt war.

Außerdem wurde auf dem Gelände der Schule Nr. 4 in Solotoje-5 eine nicht detonierte Streugranate des Type RPG-7 entdeckt. Dieses Geschoss wurde rechtzeitig entschärft.

Außerdem geriet heute **Perwomajsk** unter feindlichen Beschuss von Schützenpanzerwaffen, dort stellten Vertreter der LVR im GZKK Schäden an Verglasung, Dach und Zaun eines Wohnhauses in der Lugowaja-Straße fest.

Nur durch glücklichen Zufall konnten Opfer unter der örtlichen Bevölkerung vermieden werden.

Alle Informationen über Fälle von Beschuss von Ortschaften werden mit Foto- und Videomaterial an Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, übergeben sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR, um sie der Strafsache gegen den Kriegsverbrecher und Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko hinzufügen.

de.sputniknews.com:**Pentagon: USA fühlen sich von Russland und China im Weltall bedroht**

Der amtierende US-Verteidigungsminister Patrick Shanahan hat vor einem neuen möglichen Konflikt im Weltall gewarnt und dabei Russland und China vorgeworfen, den Weltraum angeblich militarisiert zu haben. Darüber berichtet das US-Magazin „The Washington Examiner“ am Dienstag.

„Der nächste große Konflikt kann im Weltraum gewonnen oder verloren werden... Wir müssen uns der Realität stellen. Derzeit setzen unsere Konkurrenten Waffen ein, die unsere Aktiva im Weltraum angreifen können“, sagte Shanahan auf einem Symposium zur Weltraum-Thematik in Colorado Springs (US-Bundesstaat Colorado).

Ihm zufolge haben sowohl Russland als auch China bereits den Weltraum militarisiert, um im Falle eines Konflikts die US-amerikanischen Satelliten gefährden zu können.

Im Februar war berichtet worden, dass Präsident Donald Trump eine Direktive zur Aufstellung von US-Weltraumstreitkräften unterzeichnet hatte.

Wpered.su: **Rede von Boris Litwinow auf der Kundgebung zum 5. Jahrestag der Ausrufung der Donezker Volksrepublik**

Heute ist der 5. Jahrestag der Ausrufung des Akts „Über die staatliche Selbständigkeit der DVR“ und der Deklaration „Über die Souveränität der Donezker Volksrepublik“.

Nach dem verfassungswidrigen Staatsstreich in der Ukraine im Februar 2014 hat sich das Volk des Donezker Oblast öffentlich, auf Kundgebungen und Zusammenkünften von Bürgern, vielfach an die Organe der gesetzgebenden und ausführenden Staatsgewalt des Donezker Oblast, von Städten und Bezirken mit Aufrufen und Forderungen über die Verurteilung und Nichtanerkennung der nationalistischen profaschistischen Diktatur, die in Kiew und der Mehrheit der Oblaste der Ukraine errichtet wurde, gewandt. Aber die Staatsorgane des Donezker Oblast wollten im Wesentlichen nicht die Forderungen des Volks hören, sie weigerten sich den Willen des Volks auszuführen, sie entzogen sich ihren Verpflichtungen. Gründend auf der Verfassung der Ukraine, die die Norm enthält, dass Träger der Souveränität und einzige Quelle der Staatsgewalt das Volk ist, das die Staatsgewalt unmittelbar verwirklicht, hat der patriotisch eingestellte Teil des Volkes nach vorbereitender organisatorischer Arbeit am 7. April 2014 einen Kongress von Vertretern der territorialen Gemeinden, politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen des Donezker Oblast einberufen. Unter Berücksichtigung der Normen der Verfassung der Ukraine, geleitet von der Satzung der Vereinten Nationen, der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte, anderen internationalen Dokumenten, die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung festlegen, hat der Kongress von Vertretern territorialer Gemeinden, politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen des Donezker Oblast den Akt „Über die staatliche Selbständigkeit der DVR“ und die Deklaration „Über die Souveränität der Donezker Volksrepublik“ angenommen.

Am 11. Mai 2014 haben die Wähler des Donezker Oblast ihren Willen, einen souveränen Staat Donezker Volksrepublik aufzubauen, bei einem Referendum bestätigt.

Trotz des Aufrufs der Einwohner der Donezker Volksrepublik an die Regierung der Ukraine, die UNO, an die ständigen Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrats bezüglich der Durchführung von Verhandlungen über eine friedliche Koexistenz der DVR und der Ukraine hat letztere einen breit angelegten Krieg gegen das friedliche Volk der DVR entfacht.

Trotz des fünfjährigen Kampfes für ihre zivilisatorische Wahl, trotz Tod, Leiden, Trauer und Zerstörungen konnte das Volk der DVR sein Leben organisieren, es führt den Prozess der Entwicklung seiner Staatlichkeit weiter. In den Jahren der Unabhängigkeit hat das junge Land einige Erfahrung bei der Arbeit der zentralen Staatsorgane – des Parlaments, der Regierung, der Administration des Republikoberhauptes – erlangt.

Erheblich gestärkt wurden die Streitkräfte, die die Kräfte des Feindes zurückhalten können und all denen eine Abwehr garantieren, die die Souveränität unserer Republik angreifen. Das System der sozialen Sicherheit der Bürger, das Bildungssystem sowie das Finanzsystem funktionieren stabil. Es wird eine stabile gesellschaftliche Sicherheit im Inneren der Republik aufrechterhalten, das Gerichtssystem entwickelt sich. Die Staatsorgane konnten die Arbeitsfähigkeit der Systeme der Kommunal- und Wohnungswirtschaft, die Versorgung der Bevölkerung mit den meisten Lebensmitteln und Verbrauchswaren gewährleisten. Aber in der Volksrepublik bleibt ein ernster Mangel an Arbeitsplätzen mit einem garantierten angemessenen Arbeitsentgelt, Dutzende von Unternehmen stehen still, zahlreiche materielle Aktiva, die von den früheren Besitzern, die in die Ukraine gegangen sind und ihre Wirtschaftstätigkeit auf dem Territorium der DVR nicht wieder aufnehmen wollen, zurückgelassen wurden, kommen nicht zum Einsatz. Der Volkssowjet und die Regierung lösen die Fragen der Stimulierung der Aktivität der Bürger zur Schaffung Produktionseinrichtungen in den verlassenen Objekten langsam. Es gibt in der Republik auch kein System der parlamentarischen Kontrolle über die Tätigkeit der Organe der ausführenden Staatsgewalt. Aber eine solche Kontrolle in Form eines Rechnungshofs ist in der Verfassung der DVR unmittelbar vorgesehen.

Zu der Zahl der ungelösten Aufgaben, die vor unserem Staat stehen, gehört die Schaffung und Entwicklung eines Systems der örtlichen Selbstverwaltung. Wenn eine Volksrepublik ausgerufen wird, muss das VOLK aktiv für die Leitung seines Staates herangezogen werden. Die in den fünf Jahren entstandene zentralisierte Form der Leitung aus der Hauptstadt hemmt die örtliche Initiative, sie unterstützt die Entwicklung der Kreativität der Volksmassen nicht, sie schafft keine Voraussetzungen dafür, dass das Volk praktische Leitungserfahrungen erwirbt. Die Republik braucht ein Gesetz über die örtliche Selbstverwaltung und mit ihm zusammenhängende andere Gesetze.

Die Entwicklung des Staates, das Bestreben von anderen Staaten anerkannt zu werden, kann nicht ohne eine Vervollkommnung des politischen Systems unserer Republik, ohne die Entstehung eines Systems der Zivilgesellschaft geschehen. In der DVR spitzen sich Prozesse zu, die mit dem Fehlen grundlegender verfassungsrechtlicher Gesetze über die Staatsbürgerschaft, über die administrativ-territoriale Aufteilung, über das Wählerverzeichnis, über das Wahlsystem, über die zentrale Wahlkommission zusammenhängen. Konstruktive Initiativen zur Entwicklung unserer Staatlichkeit werden durch das Fehlen von Gesetzen über gesellschaftliche Vereinigungen von Bürger, über politische Parteien in der DVR gehemmt. Vor fünf Jahren wurde unsere Volksrepublik dank der solidarischen Aktivität von Vertretern administrativ-territorialer Einheiten, politischer Parteien, die von der Richtigkeit des vom Volk gewählten Wegs überzeugt waren, sowie von Vertretern gesellschaftlicher Organisation geschaffen. Gemeinsam standen wir an den Quellen des Staates, gemeinsam müssen wir ihn aufbauen.

vormittags:

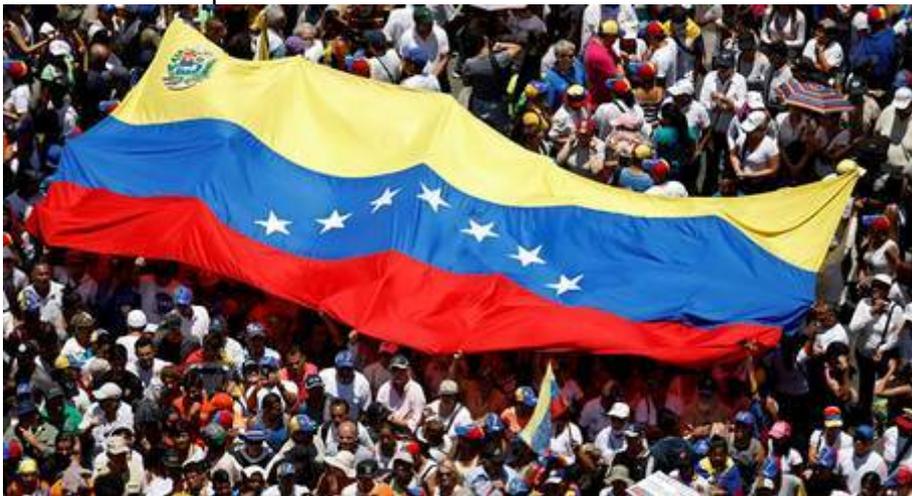
de.sputniknews.com: **Venezuela steigt aus der Organisation Amerikanischer Staaten aus**
Die venezolanische Regierung hat ihren Ausstieg aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) angekündigt. Das Außenministerium des Landes gab auf seiner offiziellen Homepage das genaue Datum bekannt.

Der Ausstieg aus der Organisation ist am 27. April geplant. Venezuela kann demnach nicht weiter Mitglied einer Organisation bleiben, die „vor den Reichs- und Herrschaftsinteressen der US-Administration auf den Knien liegt“.

„Das ist eine der traurigsten Entscheidungen, die (...) von der Organisation getroffen wurden, und auch eine gemeine Ausübung von Erpressung und Druck auf Mitgliederstaaten, um die Wünsche (...) der Washingtoner Politik zu befriedigen“, heißt es in der offiziellen Mitteilung.

Auf diese Weise reagierte das venezolanische Außenministerium auf die jüngste Entscheidung der OAS, den Vertreter des selbst ernannten venezolanischen Interimsstaatchefs Juan Guaidó, Gustavo Tarre, als rechtmäßigen Repräsentanten des südamerikanischen Landes anzuerkennen. Der ständige Rat der OAS bestätigte damit Guaidó faktisch als legitimen Übergangspräsidenten.

Am 23. Januar dieses Jahres hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela, Juan Guaido, während Protesten zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt. Die Vereinigten Staaten sowie mehrere Länder Lateinamerikas und weltweit auch andere, darunter das EU-Parlament, hatten Guaido umgehend als Interimsstaatschef akzeptiert. Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den Vereinigten Staaten inszenierten Putschversuch sprach.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32464/79/324647990.jpg>

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden neunmal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Solotoje-5, Kalinowo, Prischib, Schelobok und Losowoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Türkei droht mit Alternativen für amerikanische F-35 und Patriot**
Ankara wird laut Außenminister Mevlut Cavusoglu einen Ersatz für die F-35 Kampffjets finden, wenn die USA auf deren Lieferungen verzichten. Auch für die amerikanischen Patriot-Systeme gibt es Alternativen.

In einem Interview für den TV-Sender NTV äußerte der türkische Außenminister: „Sollte es nicht gelingen, die F-35 zu erwerben, dann wird die Türkei bei anderen Ländern ähnliche Flugzeuge kaufen. Und dies wird so lange fortgesetzt, bis die Produktion unserer eigenen Jagdflugzeuge der fünften Generation beginnt“, werden seine Aussagen von der Agentur Anadolu zitiert.

Er schloss nicht aus, dass die Türkei die russischen S-400-Systeme weiterhin kaufen würden. „Falls die USA der Türkei die Patriot-Systeme nicht verkaufen wollen, können wir morgen das zweite S-400 oder ein anderes Flugabwehrsystem kaufen“, fügte er hinzu.

Darüber hinaus verwies der Politiker darauf, dass eine Reihe von Nato-Ländern über die russischen S-300-Systeme verfügt. Und das widerspreche ihrer Mitgliedschaft in der Allianz nicht.

Am Dienstag hatte US-Außenminister Mike Pompeo bei Anhörungen zum Haushalt für 2020 vor dem Senate Committee on Appropriations erklärt, dass die Türkei ihr Recht für die

Teilnahme am Programm der Entwicklung und des Kaufs der F-35-Flugzeuge verliere, falls sie russische Raketenkomplexe vom Typ S-400 stationiere.

Eine Gruppe von US-Senatoren hatte zuvor einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den USA die Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ F-35 an die Türkei untersagen soll, bis Ankara auf den Kauf von russischen S-400-Luftabwehrsystemen verzichtet.

Früher hatte US-Vizepräsident Mike Pence auf der Konferenz anlässlich eines Treffens der Außenminister der Nato-Mitgliedstaaten in Washington erklärt, dass der Kauf der russischen Raketenabwehrsysteme des Typs S-400 durch die Türkei die Vereinigten Staaten ernsthaft beunruhige und die Einheit der Nato bedrohe.

Der türkische Präsident, Recep Tayyip Erdogan, erklärte seinerseits, dass niemand von der Türkei verlangen könne, auf den Erwerb von russischen S-400-Raketenabwehrsystemen zu verzichten, da dieser ihm zufolge das Hoheitsrecht des Landes ist.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 9. April 3:00 Uhr bis 10. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 12. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Horlowka (Golmowskij, Siedlung des Bergwerks 6-7), Jasinowataja, Jakowlewka, Shabitschewo, Donezk (Terminal, Volvo-Zentrum), Dokutschajewsk, Leninskoje, Sosnowskoje, Sachanka.**

Durch Beschuss von Seiten der BFU in Richtung Golmowskij wurde eine Stromleitung beschädigt, dadurch hatten mehr als 3000 Verbraucher keinen Strom.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 105.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 93.

Ab 01:01Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung, der „Frühlings“-Waffenstillstand in Kraft.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Islands Präsident: Beziehungen zu Russland „blühen auf“**

Der isländische Präsident Guðni Th. Jóhannesson hat sich während einer Plenarsitzung des fünften internationalen Forums zum Thema „Dialograum Arktis“ über die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit Russland ausgesprochen.

„Sie haben Sanktionen erwähnt. Es gibt Sanktionen, die den Handel erschweren. Aber in anderen Aspekten blühen unsere Beziehungen auf“, sagte Jóhannesson am Rande des Forums. Island verfüge über das Wissen und die Expertise, was die Ozeane und Fischerei betreffe. Die isländische Regierung stelle mit Freude ihren möglichen Beitrag im Bereich der Fischwirtschaftsforschung sowie Fischerei fest.

Laut Jóhannesson sieht Island viel Positives in den Beziehungen zu Russland. Er führte als Beispiel das Unternehmen „Nautic Rus“ an, wo isländische Designer mit Russen bei der

Produktion von Ausrüstung für Fischereischiffe zusammenarbeiten.

„Deshalb sollen wir, glaube ich, die Sachen so wahrnehmen, wie sie sind: Ja, es gibt Sanktionen, es gibt aber auch Möglichkeiten für eine Kooperation in anderen Bereichen“. Das internationale Forum „Dialograum Arktis“ findet vom 9. bis 11. April in Sankt Petersburg statt.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 10.04.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **12-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer des 3. Bataillons der 30. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Winnik das Gebiet von **Golmowskij** und der **Siedlung des Bergwerks 6/7** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. mechanisierten, der 57. Panzergrenadierbrigade und der 35. Marineinfanteriebrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Mischantschuk und Palas aus **Jasinowataja, Jakowlewka, Dokutschajewsk** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Leninskoje, Ukrainskoje, Sosnowskoje** und **Sachanka** mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Insgesamt hat der Gegner auf Ortschaften der Republik 4 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Mit erwidernem Feuer mit nicht verbotenen Waffen wurden die **Feuerstellungen des Gegners vernichtet. Die Verluste des Gegners betragen zwei Tote und einen Verletzten.**

Nach uns vorliegenden Informationen führt das ukrainische Militärkommando zum Zweck der Verheimlichung von Fällen von Verletzung der Minsker Vereinbarungen zum Abzug schwerer Waffen weiter **Maßnahmen zur Tarnung von Positionen verbotener Technik im Frontbereich** durch. Ein besonders sorgfältiges Verbergen von Waffen wurde in der 35. Marineinfanteriebrigade festgestellt, die in der letzten Zeit das Feuer auf Ortschaften der Republik aktiviert hat. Analoge Fälle wurden praktisch in allen Einheiten der BFU entlang der Kontaktlinie festgestellt.

Auch in Donskoje, Bezirk Wolnowacha, wurde das Vorhandensein von 74 Stück Technik des 37. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade des Gegners festgestellt, darunter neun Schützenpanzer und 65 Fahrzeuge und Spezialtechnik. Wir merken an, dass ein großer Teil der Technik auf dem Territorium eines Chemiewerks, das das chemische Element Strontium verarbeitet, stationiert ist und der gesamte Staub von der Verarbeitung auf die Technik und das Personal gerät.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns an die Mitarbeiter der OSZE-Mission, die Aufmerksamkeit auf die vom ukrainischen Kommando durchgeführten Maßnahmen zu richten und Druck auf die ukrainische Seite auszuüben, damit die verbotenen Waffen in die Lagerorte zurückkehren.

Das Kommando der BFU führt weiter einen Komplex von Informationsmaßnahmen zur Diskreditierung der Volksrepubliken in den Augen der Öffentlichkeit durch. Praktisch entlang der gesamten Kontaktlinie wird eine Aktivierung der Arbeit ukrainischer Massenmedien festgestellt, die vom Kommando der Stabs der OOS eingeladen wurden, um im Weiteren die Volksmiliz der Eskalation der Spannung in der Konfliktzone zu beschuldigen. So wurde in Richtung Donezk im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade im

Verlauf einiger Tage die Arbeit von Korrespondenten der ukrainischen Informationsagentur „Ajsitiwi“ registriert. Es ist bemerkenswert, dass in diesen Tagen in Richtung Donezk eine Zunahme der Zahl der Beschießungen des Territoriums der Republik von Seiten der ukrainischen Banden festgestellt wurde. So erstellt das Kommando der OOS, das keine wahrheitsgemäße Information an die Öffentlichkeit bringen will, mit Hilfe kontrollierter Massenmedien weiter gestellte Videoaufnahmen und verkauft so sowohl die Bevölkerung auf dem zeitweilig von den BFU kontrollierten Territoriums als auch seine Führung für dumm.

de.sputniknews.com: **Alles nur zum „Schutz“ von Luftraum: Nato fliegt Atombomber im Baltikum**

Rund um die Uhr 365 Tage im Jahr sind Luftstreitkräfte der Nato im Baltikum aktiv. Direkt an Russlands Grenze. Und das seit 15 Jahren. „Air Policing Baltikum“ heißt der Dauereinsatz, den das Bündnis im März 2004 beschlossen hat – zum „Schutz des Luftraums“. Das muss man aber bezweifeln, sieht man, welche Flugzeuge die Nato ins Baltikum schickt.

Häufig ist zu hören, „Air Policing Baltikum“ sei eine Polizeimission, die nur dazu diene, den Luftverkehr im Ostseeraum zu überwachen und zu sichern. Eine irreführende Erklärung.

Vielmehr ist der Dauereinsatz der Nato im Baltikum eine echte Kampfmission mit längerfristigen Zielen, schreibt das Portal „Swesda“.

Beschlossen wurde der Luftwaffeneinsatz vom Nordatlantischen Rat am 17. März 2004 – mit einer Begründung, die laut dem Portal mehr verwirrt als erklärt. Okay, der Luftraum der baltischen Staaten soll geschützt werden. Aber wer hat den Luftraum bedroht? Oder ist da je einer eingedrungen?

Zwei Wochen nach dem Beschluss kamen die ersten Nato-Flugzeuge nach Lettland, Litauen und Estland. Rund die Hälfte aller Allianzmitglieder stellt seither Abfangjäger, Jagdbomber, Aufklärungs- und Tankflugzeuge für das „Air Policing Baltikum“ bereit. Koordiniert wird die Mission vom Combined Air Operations Centre im nordrheinwestfälischen Uedem.

Stationiert werden die Maschinen auf Rotationsbasis unmittelbar in den baltischen Ländern, auf den Flugplätzen im lettischen Lielvārde, im litauischen Šiauliai und im estnischen Ämari.

Nach dem Beitritt der baltischen Staaten zum nordatlantischen Militärbündnis sind diese Stützpunkte gründlich überarbeitet worden – so gründlich, dass sie heute sogar die großen strategischen Bomber der US Air Force aufnehmen können: die B-1B, B-52H und B-2A.

Für Russlands nationale Sicherheit ist das nicht die einzige Gefahr. Bedrohlich ist auch der Umstand, dass nicht nur der Himmel über den drei baltischen Staaten zum

„Zuständigkeitsbereich“ der Nato-Flieger zählt, sondern auch Lufträume über der Ostsee, die direkt an russische Gebiete grenzen – an Kaliningrad und das Gebiet Leningrad.

Das Wichtigste aber: Auch die drei Atommächte der Nato – USA, Großbritannien und Frankreich – entsenden Flugzeuge ins Baltikum im Rahmen der „Air Policing“. Flugzeuge mit einem Doppelzweck, schreibt das Portal: solche, die mit konventionellen Waffen und mit nuklearen Bomben bestückt werden können.

Die Vereinigten Staaten entsenden ohnehin seit 2014 ihre schweren strategischen Bomber regelmäßig nach Europa. Auf dem britischen Fliegerhorst Fairford sind die Großflugzeuge stationiert. Von dort aus starten sie zu gemeinsamen Nato-Übungen wie „Baltops“ oder „Sabre Strike“.

Der britische Stützpunkt ist inzwischen zu einem Brückenkopf der strategischen Bomberflotte der US Air Force in Europa geworden, schreibt das Portal. In einer Mitteilung der Nato vom März dieses Jahres heißt es, die Amerikaner hätten sechs B-52-Bomber nach Großbritannien entsandt, „zur Ausführung einer Reihe von Trainingsmaßnahmen über Europa“. Am 14. März sind diese Flugzeuge mit mehr als 450 Angehörigen der US Air Force in Fairford angekommen.

Offensichtlich ist, dass die Crews dieser Bomber ein für sie noch unbekanntes Einsatzgebiet in Europa erschließen, schreibt „Swesda“. Ein russischer Experte mutmaßte, die

amerikanischen Bomber würden neue Flugrouten über der Ostsee erkunden, die dem Verlauf der Gasleitung Nord Stream 2 entsprächen. Der Fachmann hatte den Flug der US-Bomber zum estnischen Stützpunkt Ämari ausgewertet und leitete daraus ab, die Bomberbesatzungen hätten womöglich die Pipeline ins Visier genommen.

Dass die amerikanischen Crews solch einen Auftrag haben, ist zwar schwer vorstellbar, schreibt das Portal. Dass sie sich mit neuen Einsatzgebieten im Baltikum vertraut machen, steht aber außer Frage. Darauf weist die Verlegung der strategischen Bomber auf den estnischen Fliegerhorst ebenso hin wie die Zahl der Bombenflugzeuge, die an Einsätzen über der Ostsee beteiligt sind, und die Häufigkeit der Bomberflüge in der Region.

Selbst die Nato-Sprecherin Oana Lungescu erklärte laut dem Portal, die Bomberflüge würden bezeugen, „dass der US-Atomschirm Europa schützt und das beispiellose Potenzial demonstriert, das die USA in einer Krisensituation nach Europa verlegen können“. Also doch ein „Atomschirm“ und keine Polizeimission?

Derweil hat die Nato die Grundlage für die Ausweitung von „Air Policing Baltikum“ gelegt. Im Juni 2016 unterzeichnete der damalige Nato-Generalsekretär Alexander Vershbow mit den Verteidigungsministern der drei baltischen Staaten eine Vereinbarung darüber, wie die Nutzung des Luftraums in der Ostseeregion auf eine für die Nato-Mission förderliche Weise organisiert werden soll.

Dabei betonte der Generalsekretär laut dem Portal, die unterzeichnete Vereinbarung werde die „Möglichkeiten zur Vorbereitung bestimmter Maßnahmen im Luftraum des Baltikums“ erweitern. Auf welche Maßnahmen konkret die Nato sich vorbereiten will, präzisierte Vershbow nicht.

Sein Stellvertreter fügte allerdings hinzu, das unterzeichnete Dokument sende ein „klares Signal von gemeinsamer Verantwortung und Entschlossenheit der Nordatlantischen Allianz, das Gebiet und die Bevölkerung der Nato zu beschützen“. Auch dieses Statement lässt eine Kernfrage unbeantwortet: Beschützen – vor wem?

Vielleicht aber kann ein Strategiepapier, das die Nato im Juni 2018 verabschiedet hat, eine Antwort darauf liefern, welche Maßnahmen die Allianz im Baltikum vorbereiten will. In der „Joint Air Power Strategy“ steht, die Luftstreitkräfte der Nato-Mitglieder müssen befähigt sein, „in jedem Gebiet und unter allen Bedingungen“ zu wirken, auch in stark geschützten und stark frequentierten Lufträumen. Eine Formulierung wie für das Baltikum gemacht. Die Allianz begründet die Dauerpräsenz ihrer Luftstreitkräfte in Lettland, Litauen und Estland damit, dass diese Länder keine eigenen Kampfflugzeuge haben, um für ausreichenden Eigenschutz zu sorgen. Doch die Besonderheiten von „Air Policing Baltikum“ – die spezifischen taktischen und strategischen Elemente dieser Mission – sprechen eine andere Sprache: Mit diesem Dauereinsatz verfolgt die Nato vor allem offensive Ziele auf breiter Front, so das Portal.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32465/04/324650422.jpg>

mil-lnr.info: **Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **neunmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**, davon zweimal unter Verwendung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen.

Der Hauptteil des Beschusses des Territoriums der Republik erfolgte von den Positionen der 10. Gebirgsturmgrade der ukrainischen Streitkräfte. Auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch wurden die Gebiete von **Prischib** und **Schelobok** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Beschuss unseres Territoriums erfolgte auch von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte. Auf Befehl des Kriegsverbrechers Majstrenko wurden die Gebiete von **Solotoje-5**, **Perwomajsk** und **Kalinowo** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

Außerdem wurden die Umgebung von Kalinowo und **Losowoje** von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers und Bataillonskommandeurs dieser Brigade Kulikowskij mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik **etwa 200 verschiedene Geschosse abgefeuert**, davon 44 mit einem Kaliber über 100mm.

Ergebnis der verbrecherischen Handlungen der Kiewer Straftruppen sind die gestern von Vertretern des GZKK in der LVR festgestellten **Zerstörungen ziviler Infrastruktur**. In Solotoje-5 in der Friedensstraße wurde die Verglasung eines Wohnhauses beschädigt.

Außerdem wurde auf dem Gebiet der Schule Nr. 4 derselben Ortschaft eine nicht detonierte Splittergranate vom Typ RPG-7, die von den Positionen der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus abgeschossen wurde, gefunden und rechtzeitig entschärft. In Perwomajsk wurden Schäden an Verglasung, Dach und Zaun eines Wohnhauses in der Lugowaja-Straße festgestellt. Nur durch glücklichen Zufall konnten Opfer unter der örtlichen Bevölkerung vermieden werden. Alle Informationen über Fälle von Beschüssen von Ortschaften werden an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, übergeben sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme eines Strafverfahren gegen den Kriegsverbrecher und Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko.

Nach Informationen einer unserer Quellen **plante das Kommando der vereinigten Kräfte** heute während der Sitzung der Kontaktgruppe die **Durchführung einer militärischen Provokation in Richtung Slawjanoserbsk** unter Verwendung schwerer Artillerie. Zur Aufklärung des Gebiets des geplanten Beschusses aus Richtung Krymskoje in Richtung Sokolniki haben die Kämpfer einen Quadrocopter „Phantom-3 ADV“ gestartet.

Dank fachkundiger Handlungen des Personals der Volksmiliz der LVR wurde der Versuch eines Drohenflugs auf das Territorium der Republik unterbunden. Die feindliche Drohne wurde mit Schusswaffen abgeschossen. **Es gelang den Kiewer Straftruppen nicht, die geplante militärische Provokation durchzuführen**. Ich versichere den ukrainischen Straftruppen ein weiteres Mal die Nutzlosigkeit dieser Maßnahmen, weil die Einheiten der Volksmiliz der LVR regelmäßig solche Handlungen unterbinden.

Trotz der Losungen des ukrainischen Kommandos und der Mitteilungen in den Medien über die Motivation und Selbstlosigkeit der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der Strafoperation ist der moralisch-psychische Zustand der Teilnehmer der OOS nach wie vor nicht zufriedenstellend. Regelmäßige grobe Verletzungen der militärischen Disziplin sowie Verbrechen unter den Soldaten haben systematischen Charakter angenommen und das kommandierende Personal ist einfach nicht in der Lage auf die Situation einzuwirken. Eine solche Situation entstand in den ukrainischen Streitkräften infolge einer noch größeren Verschlechterung der materiell-technischen Versorgung, des Anwachsens von Korruption,

Diebstahl und Alkoholismus sowohl unter dem Personal als auch unter den Kommandeuren. Die schwierigste Situation bezüglich der militärischen Disziplin ist in der 25. Luftlandebrigade zu beobachten, deren Kommandeur Oberst Sentschenko ist. Am 24. März tranken der Kommandeur eines Zugs, der Kommandeur einer Abteilung und ein Soldat in der Unterkunft einer der Einheiten der 25. Brigade Alkohol und gerieten in ein Handgemenge, in dessen Volk der Kommandeur der Abteilung Messerwunden erlitt. An den Verletzungen starb der Feldwebel vor Ort. Die übrigen Soldaten wurden festgenommen. Damit endete die Kette der Misserfolge für den Brigadekommandeur Sentschenko nicht. Am nächsten Tag beging einer der Verdächtigten, der Kommandeur eines Zugs Oberfeldwebel Jewtuschenko nach einem Gespräch mit Mitarbeitern des SBU in der Zelle Selbstmord. Um eine Untersuchung durchzuführen traf in der Brigade eine Kommission des Stabs der Strafoperation unter Führung des für moralisch-psychische Versorgung zuständigen stellvertretenden Kommandeurs der OOS Generalleutnant Gruntowskij ein und hat bereits mit der Arbeit begonnen. Der moralisch-psychische Zustand der Soldaten der Volksmiliz befindet sich auf hohem Niveau. Mit dem Personal der Einheiten werden regelmäßig Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, bei denen die Kenntnisse und Fertigkeit der Soldaten vervollkommen werden. Wir halten unsere Verpflichtungen zur Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstands streng ein, dabei behalten wir uns das Recht auf erwidernde adäquate Maßnahmen im Fall von Verletzungen der Vereinbarungen von der ukrainischen Seite vor.

de.sputniknews.com: **Irakischer Präsident wünscht sich Russlands Beteiligung am Wiederaufbau des Landes**

Der irakische Präsident, Barham Ahmad Salih, hat Russland dazu aufgerufen, sich am Wiederaufbau des Irak zu beteiligen und in die Öl- und Gasindustrie sowie in die Energiewirtschaft des Landes zu investieren. Das geht aus einer Pressemitteilung des irakischen Präsidialamtes hervor.

Bei einem Treffen mit dem stellvertretenden Außenminister Russlands, Michail Bogdanow, in Bagdad habe Salih Moskau dazu aufgerufen, in die Öl- und Gasindustrie sowie in den Energiesektor des Irak zu investieren und effektiv am Wiederaufbau des Landes teilzunehmen, so der Pressedienst des Staatsoberhauptes.

Im Weiteren bekundete Salih das Interesse Bagdads, die Beziehungen zu Moskau auf „politischer, wirtschaftlicher und der investitionstechnischen Ebene“ festigen zu wollen. Außerdem betonte er die Notwendigkeit, die Anstrengungen im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus zu koordinieren.

Der Angriff gegen den Irak begann durch die Vereinigten Staaten unter George W. Bush begann vor mehr als 16 Jahren am 20. März 2003 und besiegelte das Ende der Ära von Saddam Hussein. Offiziellen Angaben zufolge forderten die aktiven Kampfhandlungen und die Zeit bis zum Ende der US-Besatzung im Jahr 2011 das Leben von 4.000 US-Soldaten und 100.000 Irakern, wobei die tatsächliche Zahl der Opfer unter den Zivilisten vermutlich weitaus höher liegt.

Auch die Infrastruktur des Landes hat auf Grund des Krieges enorm gelitten, so dass der Wiederaufbau enormer Investitionen bedarf.

Der US-Einmarsch in den Irak wird mittlerweile von sehr vielen Ländern als „Fehler“ bezeichnet, der unter anderem den Aufstieg der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS)* in dem Land förderte und den Irak in eine weitere dramatische Phase gestürzt habe. Auch in den Vereinigten Staaten ist diese Ansicht weit verbreitet.

Allerdings bezeichnen auch viele Menschen weltweit diesen „dritten Golfkrieg“ als ein Verbrechen, dass weiterhin ungesühnt bleibt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32330/35/323303528.jpg>

Dnr-online.ru: Heute, am 10. April, am Vortrag des internationalen Tags der Befreiung der Häftlinge der faschistischen Konzentrationslager, hat das Informationsministerium der DVR gemeinsam mit der Verwaltung des Kirowskij-Bezirks von Donezk eine Veranstaltung „Erinnerung des Herzens“ durchgeführt.

Das Treffen fand in der Schule Nr. 88 des Kirowskij-Bezirks von Donezk statt, es nahmen Abgeordnete des Volkssowjets, Vertreter der Verwaltung Kirowskij-Bezirks, des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR, Soldaten der Armee der DVR, Häftlinge von Konzentrationslagern, Schüler, Mitglieder patriotischer Klubs der Kirowskij-Bezirks und Gäste teil.

In der Halle waren Kinderzeichnungen und Fotos zum Thema ausgestellt.

„Die Geschichte kennt den genauen Zeitpunkt der Entstehen von Konzentrationslagern – zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bereits 1933 haben die Nazis Auschwitz für politische Gefangene eröffnete, das in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs mit voller Kraft in Betrieb war. Es handelte sich um eine systematische Vernichtung von Menschen. Wir dürfen die Geschichte, die Rolle, Mission nicht nur der Befreiung des sowjetischen Volks sondern der gesamten Menschheit vom Faschismus nicht vergessen. So etwas darf sich nie wiederholen“, sagte der stellvertretende Informationsminister Artjom Olchin.

Der stellvertretende Leiter der Bezirksverwaltung Wiktor Antonjuk sagte: „Wir müssen die Erinnerung an den Krieg über die Generationen weitergeben, unsere Großväter und Urgroßväter ehren, ihre Heldentaten für uns, die Lebenden“, sagte er.

Auf die Frage von Journalisten, sagte der Leiter des Stabs des Truppenteils 08815 Oberleutnant Timofej Sklarow, dass dieser Tag für alle Völker, die den Faschismus an sich erfahren haben, traurig ist. „Dank der schweren Erinnerung an die Untaten des Faschismus und Nazismus wollen wir, dass sich dies nie wieder auf der Erde wiederholt. Der ukrainische Faschismus unterscheidet sich durch nichts vom Faschismus zur Zeit des Großen Vaterländischen Kriegs. Und unsere Soldaten werden alle tun, damit der Feind nicht in unser Land kommt“, sagte er.

Die Anwesenden sahen einen Kursfilm des Informationsministeriums der DVR „Die, die lebend durch die Hölle gegangen sind“. Die Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Swetlana Kumanowa sagte. „Der Film berichtet eindrucksvoll davon, was die Menschen durchleben mussten, die in den Konzentrationslagern waren. Die unmenschlichen Prüfungen überlebten nicht alle. Eine tiefe Verbeugung vor denen, die am Leben geblieben sind. Wir müssen darüber nicht sprechen, wir müssen schreien. Das Volk des Donbass verteidigt mit Ehre sein Recht auf Unabhängigkeit.“

Die Anwesenden ehemaligen Häftlinge von Konzentrationslagern erinnerten an ihre nicht

einfache Kindheit, das Leben in den Lagern und die Ausschreitungen der Faschisten. Mit einer Schweigeminute ehrten die Anwesenden das Andenken der in den Konzentrationslagern während des Großen Vaterländischen Kriegs getöteten Menschen. Zum Abschluss wurden den Häftlingen süßen Geschenke überreicht.

de.sputniknews.com: **Shell steigt aus LNG-Projekt mit Gazprom aus**

Das Unternehmen Royal Dutch Shell hat beschlossen, das von Gazprom geleitete Gasprojekt „Baltic LNG“ zu verlassen. Dies teilte der Vorsitzende der russischen Abteilung von Shell Cederic Cremers am Mittwoch mit, wie Reuters meldet.

Shell sagte, es habe die möglichen Auswirkungen der kürzlich getroffenen Entscheidung von Gazprom, seine Gasverarbeitungsanlagen mit dem Projekt „Baltic LNG“ völlig zu integrieren, untersucht.

„Nach der Ankündigung von Gazprom am 29. März bezüglich des endgültigen Entwicklungskonzepts für ‚Baltic LNG‘ haben wir uns entschieden, unsere Beteiligung an diesem Projekt einzustellen“, sagte Cremers.

Shell werde sich aber weiter an eine Reihe von Projekten mit Gazprom halten, die im Rahmen der 2015 zwischen den beiden Unternehmen gegründeten Strategischen Allianz umgesetzt würden.

Shell bleibt laut Reuters weiterhin Anteilseigner der von Gazprom geleiteten Anlage Sakhalin-2, die auf der russischen Pazifikinsel Sachalin LNG gewinnt.

Das von Gazprom und Shell entwickelte Projekt „Baltic LNG“ sah den Bau einer LNG-Anlage im Hafen von Ust-Luga im Leningrader Gebiet vor. Ihre Kapazität sollte 10 Millionen Tonnen pro Jahr betragen und könnte später auf 15 Millionen Tonnen erhöht werden.

Ende März gab Gazprom die gemeinsame Entscheidung mit dem Gasunternehmen „RusGasDobytscha“ bekannt, ein großes Gasprojekt in Ust-Luga umzusetzen, das jährlich 13 Millionen Tonnen LNG, vier Millionen Tonnen Ethan und 2,2 Millionen Tonnen Kohlenwasserstoffflüssiggas produzieren und transportieren könnte. In der entsprechenden Erklärung wurde der Name „Baltic LNG“ nicht mehr erwähnt, und es wurde betont, dass das neue Projekt ein wirtschaftliches Modell für die integrierte Monetarisierung von Kohlenwasserstoffreserven implementiert.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32465/24/324652419.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **„Humanitäre Hilfe“ für Venezuela: USA stellen weitere 60 Millionen Dollar bereit**

Laut dem US-Vizepräsidenten Mike Pence haben die Vereinigten Staaten weitere 60

Millionen US-Dollar für die „humanitäre Hilfe“ für Venezuela bereitgestellt.

„Heute kündigen die USA weitere 60 Millionen Dollar humanitäre Hilfe für die Bewältigung dieser Krise (in Venezuela – Anm. d. Red.) an“, teilte Pence im UN-Sicherheitsrat bei einer Sitzung zur humanitären Lage in Venezuela mit.

Er verwies darauf, dass die USA bereits etwa 500 Tonnen angeblicher humanitärer Hilfe in die mit Venezuela grenzenden Länder gebracht hätten. Um den Einwohnern des Landes zu helfen, sollen zudem 200 Millionen US-Dollar (etwa 177 Millionen Euro) bereitgestellt worden sein.

Pence betonte auch die zuvor veröffentlichten Schätzungen, dass bereits drei Millionen Bürger Venezuela verlassen haben sollen. Bis Ende des Jahres könnte die Zahl der Flüchtlinge bis zu fünf Millionen Menschen betragen, so der US-Vize.

Pence bestätigte jedoch, dass die Vereinigten Staaten weiterhin Druck auf die Staatsmacht Venezuelas ausüben würden.

„Die USA werden weiterhin diplomatischen und wirtschaftlichen Druck nutzen, um eine friedliche Machtübergabe in Venezuela zu erreichen. Allerdings werden alle Optionen in Betracht gezogen.“

Venezuela durchlebt bereits seit längerem eine Wirtschaftskrise, die durch die verhängten Finanz- und Wirtschaftssanktionen gegen das Land noch verschärft wird.

Besonders negativ wirken sich die von den USA am 28. Januar dieses Jahres eingeführten Sanktionen gegen die nationale Öl- und Gasgesellschaft Venezuelas PDVSA aus.

Dabei wurden Vermögenswerte und andere Interessen des Unternehmens im Wert von sieben Milliarden US-Dollar (etwa 6,2 Milliarden Euro) eingefroren sowie die Geschäftstätigkeit von PDVSA mit anderen Unternehmen untersagt. Nach Angaben des Weißen Hauses sollen die Verluste Venezuelas im Ölgeschäft sich auf weitere elf Milliarden US-Dollar (etwa 9,7 Milliarden Euro) beziffern.

Im Zusammenhang mit dem US-Haushaltsentwurf wurde Ende März dieses Jahres berichtet, dass die US-Administration bis zu 500 Millionen Dollar für den Machtwechsel in Venezuela ausgeben wolle.

In einem Schreiben des Außenministers der Vereinigten Staaten, Mike Pompeo, an den Kongress hieß es: „Der Haushaltsentwurf beantragt (beim US-Kongress - Anm.d. Red.) neue Vollmachten für die Förderung des demokratischen Wandels in Venezuela, einschließlich der Überweisung von 500 Millionen US-Dollar (etwa 444 Millionen Euro) auf die Konten, die für die Hilfe im Ausland bestimmt sind.“ ...

lug-info.com: „Bei der Hotline des Innenministeriums der LVR ist eine dringende Mitteilung von einem Soldaten der ukrainischen Streitkräfte eingegangen, der sich als Soldat der Spezialreserve vorstellte. Der Anrufer teilte mit, dass das **Kommando der ukrainischen Streitkräfte eine groß angelegte Provokation vorbereitet**, die beinhaltet, einen massiven Beschuss der Positionen der Volksmiliz im Gebiet von Staniza Luganskaja, Schirokino, Marjinka, Opytnoje, Nowoluganskoje, Lobatschewo, Lopaskino, Gorskoje, Trjechisbjenka durchzuführen, um die Streitkräfte der Republiken zu erwidern Aktivitäten zu bringen“, teilte der Leiter des Zentrums für Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums Witalij Bryskin mit. „Die Provokation soll aus der sogenannten Grauen Zone heraus erfolgen. Für den Fall, dass die Streitkräfte der LVR nicht auf das Artilleriefeuer auf ihre Positionen antworten, soll nach dem Plan ein Beschuss der Positionen der ukrainischen Streitkräfte angeblich von den Streitkräften der Republik aus erfolgen“, fügte er hinzu.

Nach den Worten des Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ist diese **Provokation speziell für Journalisten geplant**, die die Aufgabe haben „ein propagandistisches Bild der militärischen Aggression der Volksrepubliken“ zu schaffen. Daneben teilte der Anrufer mit, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte den Befehl an Scharfschützen erteilt hat, bestimmte Journalisten zu liquidieren, die sich in der Zone der sogenannten „Operation der vereinigten

Kräfte“ befinden.

„Als Motiv für den Anruf bei der Hotline des Innenministeriums der LVR nannte der Anrufer, dass er eine Tragödie verhindern will, in deren Ergebnis zum Nutzen der politischen Ambitionen der korrupten Führung der Ukraine sowohl Soldaten der Republik als auch der ukrainischen Streitkräfte sterben. Er teilte auch mit, dass die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte Frieden nicht weniger wollen als die Einwohner der Republik. Außerdem sehen sie, wie die Menschen, die sich auf dem ukrainischen Territorium befinden, den Krieg leid sind, während sich das Kommando gleichzeitig politische Punkte dabei erarbeitet“, fügte Bryskin hinzu.

de.sputniknews.com: Washington will Austausch von venezolanischem UN-Botschafter
Die USA haben die Vereinten Nationen dazu aufgefordert, den derzeitigen venezolanischen Botschafter durch einen Vertreter von den selbsterklärten Interimspräsidenten Juan Guaidó zu ersetzen.

Dem derzeitigen Botschafter müsse die Zulassung entzogen werden, forderte US-Vizepräsident Mike Pence am Mittwoch in New York vor dem UN-Sicherheitsrat - und wandte sich auch direkt an Botschafter Samuel Moncada.

„Mit allem Respekt, Herr Botschafter, Sie sollten nicht hier sein. Sie sollten zurück nach Venezuela gehen und Nicolas Maduro sagen, dass die Zeit vorbei ist, dass es Zeit ist für ihn, zu gehen“, zitiert die Agentur Reuters Pence.

Die USA arbeiteten derzeit an einer Sicherheitsrats-Resolution, die alle UN-Mitglieder dazu aufrufen solle, Guaidó anzuerkennen, sagte Pence. „Es ist Zeit für die Vereinten Nationen, ihre Stimme zu erheben.“

Die USA würden weiter wirtschaftlichen und diplomatischen Druck auf Venezuela ausüben, damit ein friedlicher Übergang gelingen könne, sagte Pence, betonte aber auch: „Alle Optionen sind auf dem Tisch“.

Laut dem US-Vizepräsidenten Mike Pence haben die Vereinigten Staaten weitere 60 Millionen US-Dollar für „die humanitäre Hilfe“ für Venezuela bereitgestellt.

Zuvor hatte das Oberste Gericht Venezuelas die Verfassungsgebende Versammlung um den Entzug der Immunität Guaidos gebeten, die diesem Antrag nachkam und der Fortsetzung der strafrechtlichen Ermittlungen gegen Guaido zustimmte.

Am 23. Januar dieses Jahres hatte sich der Präsident der Nationalversammlung von Venezuela, Juan Guaido, während Protesten zum Übergangspräsidenten des Landes erklärt.

Die Vereinigten Staaten sowie mehrere Länder Lateinamerikas und weltweit auch andere, darunter das EU-Parlament, hatten Guaido umgehend als Interimsstaatschef anerkannt.

Russland, China, die Türkei und weitere Staaten bekundeten dagegen Solidarität mit Maduro, der seinen Rücktritt ablehnte und von einem von den Vereinigten Staaten inszenierten Putschversuch sprach.